

Gesundheitsförderung und Prävention stärken

**Grundlagen für die Erarbeitung
einer Strategie in der Schweiz.**

Kurzfassung



Dank

Beim Erstellen dieses Berichts habe ich von vielen Seiten Hilfe und Unterstützung erfahren. Von Gesundheitsförderung Schweiz hat mir Brigitte Ruckstuhl zahlreiche nützliche Tipps gegeben. Insbesondere erwähnen möchte ich auch Ursel Broesskamp, die mir die Arbeit mit vielen Literaturhinweisen erleichtert hat. Im ersten Entwurf des Berichts erkannte sie nicht nur verschiedene Schwachstellen, sondern formulierte immer auch wertvolle Hinweise für eine Verbesserung. Bei der Zusammenstellung der politischen Interventionen der vergangenen Jahrzehnte in der Schweiz waren das Wissen und die Erfahrung von Philippe Lehmann, Leiter der Geschäftsstelle Nationale Gesundheitspolitik Schweiz, sowie von Franz Wyss, Zentralsekretär der Gesundheitsdirektorenkonferenz, eine grosse Hilfe. Ihnen allen sei mein herzlicher Dank ausgesprochen.

Impressum

Autor François van der Linde, MD, MPH

Herausgeber	Gesundheitsförderung Schweiz	Promotion Santé Suisse
	Dufourstrasse 30	Avenue de la Gare 52
	Postfach 311	Case postale 670
	CH-3000 Bern 6	CH-1001 Lausanne
	Tel. +41 (0)31 350 04 04	Tél. +41 (0)21 345 15 15
	Fax +41 (0)31 368 17 00	Fax +41 (0)21 345 15 45
	office.bern@promotionsante.ch	office@promotionsante.ch
	www.gesundheitsfoerderung.ch	www.promotionsante.ch

Zusammenfassung

Der vorliegende Bericht soll Gesundheitsförderung Schweiz eine Grundlage liefern für die Festlegung künftiger Strategien im neuen Kernthema «Gesundheitsförderung und Prävention stärken». Er erfüllt diese Aufgabe auf der Grundlage von wissenschaftlichen und Policyanalysen, von Kontakten mit Fachpersonen aus verschiedenen Bereichen und einer mehr als 25-jährigen Berufserfahrung des Autors im Führungsstab einer kantonalen Verwaltung. Schwerpunkt des Berichts sind zum einen die Formulierung von *15 Herausforderungen*, die sich der Gesundheitsförderung und Prävention stellen und für die in einem nächsten Schritt Lösungen gesucht werden sollten (Kapitel 7). Zum anderen werden *konkrete Empfehlungen in acht verschiedenen Bereichen* formuliert (Kapitel 8).

Als wichtiger Ausgangspunkt dient die Feststellung, dass Gesundheitsförderung und Prävention in der schweizerischen Gesundheitspolitik auf Bundes-, vor allem aber auf kantonalen Ebene eine eher marginale Rolle spielen. Im politischen Alltag wird zudem noch kaum zur Kenntnis genommen, dass die Förderung und Erhaltung von Gesundheit, wie sie von der Weltgesundheitsorganisation WHO verstanden wird, eine ressortübergreifende Aufgabe ist und nicht auf eine Aufgabe des Gesundheitswesens reduziert werden sollte. Konkret zeigt sich dies unter anderem darin, dass Health Impact Assessments bei politischen Entscheidungen in der Schweiz – im Gegensatz zu verschiedenen andern Ländern – noch kaum durchgeführt werden. Ursachen sind darin zu sehen, dass Massnahmen der Prävention und vor allem auch der Gesundheitsförderung meistens keine kurzfristigen Erfolge vorweisen können und dass auch der langfristige Nutzen für nicht im Fachbereich tätige Personen ungenügend dokumentiert ist. Das Gesundheitswesen hat sich zudem unter dem Druck der ansteigenden Kosten zunehmend auf das Gebiet der klinischen Versorgungsmedizin konzentriert. Ein regelmässiger Dialog zwischen Fachpersonen der Gesundheitsförderung/Prävention und Politikern findet kaum statt, nicht zuletzt darum, weil keine der beiden Seiten sich um eine gemeinsam verständliche Sprache bemüht.

Ein Rückblick auf die letzten Jahrzehnte zeigt, dass verschiedene Anstrengungen zur Verbesserung der Situation unternommen wurden. Aber weder der Entwurf für ein Präventivgesetz im Jahre 1984 noch der Anlauf für eine Nationale Gesundheitspolitik im Jahre 1998 zeigten nachhaltige Erfolge. Während auf dieser mehr strukturellen Ebene erhebliche Defizite bestehen, sieht es auf der Ebene von Projekten, Programmen und Netzwerken besser aus. Hier kann festgestellt werden, dass die Schweiz durchaus kein Brachland der Gesundheitsförderung und Prävention ist. Eine Vielzahl von Organisationen, Institutionen und Projekten erbringen hier Leistungen, die zum Teil auf hohem Niveau stehen (Anhang 4). Auch das Bundesamt für Gesundheit BAG (mit Schwerpunkt Prävention) sowie die Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz (mit Schwerpunkt Gesundheitsförderung) beraten, begleiten und finanzieren solche Projekte, führen sie selbst durch oder geben sie in Auftrag. Viele Projekte sind aber nicht überlebensfähig, wenn die finanzielle Unterstützung von BAG oder Gesundheitsförderung Schweiz ausbleibt.

In der Bevölkerung ist an sich ein grosses Interesse für Gesundheit vorhanden, das aber zunehmend im Wellness-Bereich oder dann im Konsum medizinischer Leistungen befriedigt wird. Ein persönlicher Einsatz für gesündere Verhältnisse in einem Setting wie z.B. Gemeinde oder Schule ist eher selten.

Die Weiterbildungsangebote für Gesundheitsförderung und Prävention haben sich bedeutend verbessert. Allerdings waren sie bisher nicht in der Lage, in ausreichendem Mass auch Fähigkeiten zu vermitteln, sich sicher im politischen Alltag und im Umgang mit Entscheidungsträgern zu bewegen.

Die Herausforderungen (Kapitel 7), die sich aus der oben genannten Bestandesaufnahme ergeben, und die konkreten Empfehlungen (Kapitel 8) lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Rolle des Staates in Gesundheitsförderung und Prävention ist zu klären. Gehören sie nach unserem Staatsverständnis zu den Hauptaufgaben von Public Health? Wenn ja, ist eine ressortübergreifende Denkweise unumgänglich (konkret: Einführung von Health Impact Assessments).
- Es sind – bei voller Anerkennung des Föderalismus und seiner Vorteile bei der lokalen Umsetzung von Massnahmen – nationale Gesundheitsziele zu formulieren. Diese sind nicht nach Krankheiten, sondern nach den für die Gesundheit bestimmenden Einflüssen beim Individuum und in der Umwelt (Gesund

heitsdeterminanten) auszurichten. Die «Nationale Gesundheitspolitik» sollte wieder neu belebt werden.

- Gesundheitsförderung und Prävention sind in den kantonalen Verwaltungen und in den Gemeinden zu stärken und als feste Traktanden in die Sitzungen der regionalen wie der gesamtschweizerischen Gesundheitsdirektorenkonferenzen einzuführen.
- Die Kontakte zwischen Wissenschaft und Politik sind institutionalisiert und regelmässig zu pflegen. Von Seiten der Gesundheitsförderung und Prävention sind Denkweise und «Vokabular» der Politik so weit zu lernen, dass eine echte Verständigung möglich wird.
- Der Gesundheitsbegriff der WHO muss in Denkweise und Detailformulierung für die Politik wie für die Bevölkerung verständlicher gemacht werden.
- Das heute erfolgreiche Netzwerk gesundheitsfördernder Schulen ist weiter zu stärken. Das Ziel muss sein, dass die gesundheitsfördernde Schule zum Normalfall wird.
- Die Prinzipien der betrieblichen Gesundheitsförderung (BGF) sind in die Aus- und Weiterbildung von Führungskräften zu integrieren. Auch hier muss das Ziel darin bestehen, dass BGF (wie die gesetzlich vorgeschriebene Sicherheit am Arbeitsplatz) zum Normalfall wird.
- Der Gemeinde als gesundheitsförderndem Lebensraum muss noch mehr Beachtung geschenkt werden. Es sind positive Anreize für Gemeindebehörden zu schaffen, die Gesundheitsförderung und Prävention in ihre Gemeindepolicy integrieren, z.B. mit dem Argument der Erhöhung der Attraktivität der Gemeinde (Standortvorteil).
- Gesundheitsförderung und Prävention müssen bevölkerungsnäher werden. Dies kann erreicht werden durch eine konsequent zielgruppenspezifische Arbeitsweise der Gesundheitsförderung und Prävention, durch einen attraktiven, instruktiven und glaubwürdigen Auftritt der Akteure (vor allem auch von Gesundheitsförderung Schweiz) im Internet und in anderen Medien und durch Förderung der Partizipation bei gesundheitsrelevanten Entscheidungen (siehe Beispiel Kanada, wo sich die Bevölkerung via Internet an der Formulierung von nationalen Gesundheitszielen beteiligen kann).
- Es ist zu prüfen, auf welche Weise Botschaften der Gesundheitsförderung und Prävention bei den Empfängern Betroffenheit auslösen können, da ohne Betroffenheit keine Handlungsrelevanz wahrgenommen wird.
- Gesundheitsförderung Schweiz muss ihre Rolle im Policybereich neu definieren. Sie muss sich dazu als *die* seriöse Fachinstanz in der Schweiz profilieren, die man kennt und der man vertrauen kann. Normative Elemente sind zu vermeiden. Auch ist eine Verzettelung der Kräfte auf zu viele Arbeitsbereiche zu vermeiden. Notwendige Aufgaben, die man selbst nicht übernehmen kann oder will, sollten mit Leistungsvereinbarungen in Auftrag gegeben werden. Eine Abkehr von der bisher bewusst geübten Zurückhaltung im Auftritt nach aussen wird dabei unumgänglich sein.